

12. 10. 1918

111

Die Bereinigung der deutsch-holländischen Schwierigkeiten.

Eine Erklärung des Ministers Louden.

Haag, 11. Mai.

Auf Anfragen des Mitgliedes der zweiten Kammer Abgeordneten Dresselhuys über einige Punkte des Verhaltens der niederländischen Regierung in der Frage der Verhandlungen mit Deutschland antwortete der Minister des Auswärtigen Louden folgendes: Die Regierung habe das Verhältnis zu Deutschland wegen des Nachdruckes, mit dem die deutsche Regierung ihre Wünsche, die sich teilweise sofort als unannehmbar erwiesen, äußerte, als gespannt erklärt. Die deutsche Regierung habe durch ihren Gesandten im Haag sowohl dem Vorsitzenden des Ministerrates als auch dem Minister des Auswärtigen zu verstehen gegeben, daß es sich um einen nach gründlicher Ueberlegung festgestellten Komplex von Fragen handle, die als Mindestforderung, von der nichts nachgelassen werden könne, als Ganzes angenommen werden müssen. Daß die Nichtannahme für die Niederlande sehr ernste Folgen haben würde, sei namentlich dem niederländischen Gesandten in Berlin unumwunden zu erkennen gegeben worden.

Die Frage der Durchfuhr von Sand und Kies konnte auf eine Weise geregelt werden, die bei der niederländischen Regierung auf keine prinzipiellen Bedenken stieß, indem nämlich bestimmt wurde, daß die durchzuführenden Mengen unter der Zahl bleiben würden, die sie selbst seinerzeit als zulässig anerkannte, während die deutsche Regierung es auf sich nahm, ausdrücklich zu erklären, daß die Materialien nicht für Kriegszwecke verwendet werden würden.

Der Minister des Auswärtigen erklärte zum Schlusse, er habe sich zur Genüge davon überzeugt, daß die jetzt mit Deutschland getroffenen Vereinbarungen über die Durchfuhr besonders von Sand und Kies über niederländisches Gebiet nicht dazu führen werden, daß die alliierten Regierungen den Niederlanden neue Schwierigkeiten in den Weg legen werden. In dieser Angelegenheit, die, besonders was die Durchfuhr von Sand und Kies betrifft, noch immer ebenso sehr einen wichtigen Streitpunkt mit den anderen kriegführenden Parteien, nämlich mit England und Frankreich, bildet, hielt der Minister, wie er Deutschland sofort mitteilte, sich nicht für berechtigt, die betreffenden Regierungen ununterrichtet zu lassen, obwohl nach der Natur der Lage von deren Zustimmung keinen Augenblick die Rede sein konnte. Diese letzteren Regierungen haben gezeigt, daß sie den Ernst der Lage, in der sich die Niederlande befinden, vollständig einsehen. Sie haben durch einen gemeinschaftlichen Schritt ihrer Gesandten im Haag, der von ihren Kollegen aus den Vereinigten Staaten und Italien begleitet war, dem Minister mitgeteilt, daß sie unter Wahrung des prinzipiellen Standpunktes

der niederländischen Regierung nur wegen des Ernstes der Lage bezüglich der getroffenen Vereinbarung keine Schwierigkeiten in den Weg legen würden.